

Auslandsbüros Ukraine (Kiew/Charkiw)

Newsletter

15. Juli 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zum ersten Newsletter der Konrad-Adenauer-Stiftung Ukraine!
Die Auslandsbüros Kiew und Charkiw möchten Ihnen die wichtigsten Informationen aus der Ukraine innerhalb der letzten zwei Wochen mitteilen.

Auch über Ihr Feedback würden wir uns freuen!

Für Rückfragen können Sie sich gerne an liudmyla.kvirenko@kas.de wenden.

Mit besten Grüßen

Ihre KAS Ukraine

Themenbereiche

- › [Innenpolitik und Reformen](#)
- › [Internationales und Sicherheit](#)
- › [Wirtschaft und Gesellschaft](#)
- › [Veröffentlichungen](#)
- › [Veranstaltungen](#)

Innenpolitik und Reformen

Ein holpriger Schritt auf dem Weg der Justizreform: der Fall der "Hohen Qualifikationskommission" für Richter in der Ukraine

Die von Präsident Poroschenko (2014-19) eingeleitete Justizreform wurde aufgrund nicht reformierter und intransparenter zentraler Strukturen - wie dem Hohen Justizrat (HJR) und der Hohen Qualifikationskommission für Richter (HQKR) - maßgeblich behindert. 2019 versuchte Präsident Selenskyj dann den Neustart der Justizreform. Die HQKR wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung aufgelöst, ihre

Neukonstituierung aber vom HJR blockiert. Später erklärte das Verfassungsgericht mehrere Bestimmungen von Selenskyjs Gesetz für verfassungswidrig. Der vom Präsidenten im Juni 2020 vorgeschlagene Gesetzentwurf, der die Blockade der Arbeit der HQKR beenden sollte, wurde dabei auch von der Venedig-Kommission des Europarates kritisiert. Am 29. Juni 2021 verabschiedete die Werchowna Rada nach erheblichen Überarbeitungen nun einen Gesetzentwurf, der - wenn auch nicht vollständig - den Anmerkungen der Venedig-Kommission (einschließlich der Einsetzungsmethode und Beschlussfassung sowie der vorrangigen Rolle internationaler Experten im HJR) und der Zivilgesellschaft entsprechen sollte. Am 8. Juli legte Präsident Selenskyj jedoch sein Veto gegen das Gesetz ein, da es das Parlament mit teilweise widersprüchlichen Bestimmungen verlassen hatte. Am 13. Juli verabschiedete die Werchowna Rada dann eine konsolidierte Version des Gesetzes, die internationalen Experten eine wichtige Rolle bei der Personalauswahl zugesteht. Die finale Unterschrift von Präsident Selenskyj steht noch aus, gilt aber als sicher.

Hintergrund: [Kyiv Post](#) (engl., Paywall zum Veto Selenskyjs), [Kyiv Post](#) (engl. Paywall zur Verabschiedung der Refom am 13. Juli), [Bloomberg](#) (engl.), [Radio Swoboda](#) (ukr.)

Weitere Ereignisse im Bereich Innenpolitik und Reformen

- Präsident **Wolodymyr Selenskyj** unterzeichnete am 24. Juni eine **Verordnung**, die auf Empfehlung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine **Sanktionen** gegen die Geschäftsleute **Pavel Fuchs** und **Dmitro Firtasch** sowie gegen **hochrangige russische Beamte und Oligarchen** verhängt.
 - Mehr Informationen zu Sanktionen gegen Firtasch (engl.): [Reuters](#)
 - Hintergrund zum gesamten neuen Sanktionspaket (ukr.): [Ukrainska Prawda](#)
- Nach 7 Jahren im Amt in 5 Regierungen und unter 2 Präsidenten ist der umstrittene Innenminister **Arsen Awakow** am 14. Juli **zurückgetreten**. Das Parlament bestätigte den Schritt einen Tag später. Laut Medienberichten soll der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Strafverfolgungsfragen, **Denys Monastirskyj, Awakows Nachfolger** werden.
 - Mehr Informationen: [FAZ](#), [Novoe Vremya](#) (ukr.)
- Die Werchowna Rada hat ein **Gesetz** über **indigene Völker** verabschiedet, welches Krimtataren, Karäern und Krimtschaken einen Sonderstatus zubilligt.

- Beiträge zum Thema finden Sie hier: [Ukraine Crisis Media Centre](#) (dt.), [Meduza](#) (engl.), [Daily Sabah](#) (engl.).
- Die Abgeordneten der Werchowna Rada brachten einen **Gesetzentwurf** über die **Gleichstellung der Geschlechter in den ukrainischen Streitkräften** ins Parlament ein. Der Gesetzentwurf soll die Gleichberechtigung von Frauen und Männern während des Militärdienstes sicherstellen und geschlechtsspezifische Diskriminierung verhindern. Außerdem soll mit der Reform die Gleichbehandlung bei Sozialansprüchen von Militärangehörigen garantiert werden.
- Mehr Informationen (ukr.) finden Sie hier: [Ukrinform](#)
- Zahlreiche Mitarbeiter der Nationalbank haben ihre **Kündigung** eingereicht. Dabei verließen zum Beispiel alle Führungskräfte der Lizenzabteilung aus Protest gegen zentralisierte Entscheidungen und schleppende Reformen die Institution.
- Mehr Informationen finden Sie hier: [Bloomberg](#) (engl.), [Novoe Vremya](#) (ukr., Lizenzabteilung), [Novoe Vremya](#) (ukr., Abteilungsleiter Finanzstabilität)
- Nach dem Tod des langjährigen Bürgermeisters von **Charkiw**, Hennadyj Kernes, im Dezember 2020 infolge einer Covid-19-Infektion, **finden am 31. Oktober Neuwahlen** statt. Verschiedene pro-europäische, aber auch nationalistische Parteien und Bewegungen versuchen nun, sich auf einen **gemeinsamen Kandidaten** zu einigen. In einem ersten Schritt verständigte man sich auf den Text eines „**Memorandums** über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen lokalen Organisationen der politischen Parteien der Region Charkiw“.
- Weitere Informationen (ukr.) finden Sie hier: [Kharkiv Today](#)
- Laut **Umfragen** von Anfang Juli liegt **Wolodymyr Selenskyj** mit 29% weiter auf Platz 1 möglicher Präsidentschaftskandidaten. Darauf folgen Petro Poroschenko mit 12,5% der Befragten, Jurij Boiko von der pro-russischen "Oppositionsplattform - für das Leben" - 12,5% und Julia Tymoschenko - 11,3%.
- Die Umfrage (ukr.) ist hier verfügbar: [Rating Group](#)
-

Am 25. Juni 2021 hat die Ukraine ihre Unterstützung einer von Kanada eingebrachten UN-Resolution zur Menschenrechtssituation in Xinjiang zurückgezogen, nachdem China Kiew Meldungen zufolge mit einem Lieferstopp dringend benötigter chinesischer Covid-19- Impfstoffe drohte. Als weiterer möglicher Grund wird auch die Unterzeichnung eines Infrastruktur-Abkommens zwischen den beiden Ländern genannt, die am 30. Juni - also kurz nach der Kehrtwende der Ukraine bei den Vereinten Nationen - stattfand. Unter anderem sieht dieses Abkommen den vereinfachten Zugang zu chinesischen Staatskrediten für Infrastrukturprojekte in der Ukraine (z.B. Bau von Brücken und Autobahnen) vor. Peking weist jeden Zusammenhang zwischen den Vorkommnissen zurück, wobei der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba die Öffentlichkeit aufgerufen hat, sich noch kein abschließendes Urteil zu bilden.

Beiträge (engl.) zum Thema finden Sie hier: [AP](#), [South China Morning Post](#)

Weitere Ereignisse im Bereich Internationales und Sicherheit

- Ende Juni beteiligten sich Tausende Soldaten sowie Dutzende Schiffe und Flugzeuge aus insgesamt **32 Ländern** an der ukrainisch-amerikanischen Militärübung "**Sea Breeze-2021**". Das Manöver dauerte etwa zwei Wochen. Dabei kam es zu **brenzligen Situationen** zwischen der russischen Marine und dem britischen Zerstörer "HMS Defender" sowie der niederländischen Fregatte "HNLMS Evertsen". Am 1. Juli unterzeichnete der **Präsident der Russischen Föderation** ein Gesetz, das der Nationalgarde der Russischen Föderation das Recht einräumt, den Zugang **zur Meerenge von Kertsch und zum Asowschen Meer** zu **blockieren**.
- Artikel zum Thema "Sea Breeze-2021" finden Sie hier: [Deutsche Welle](#) (dt.), [Frankfurter Rundschau](#), [The Spectator](#) (engl.), [BBC News](#) (engl.)
- Beiträge zum Einsatz der Nationalgarde Russlands (ukr.) finden Sie hier: [BBC News](#), [Außenministerium der Ukraine](#).
- **Belarus** schließt **Grenze** zur Ukraine, vermeintlich aus Sicherheitsgründen.
- Hintergründe: [FAZ](#)
- Der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** traf am 11. Juli den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und CDU-Vorsitzenden **Armin Laschet** in Berlin. Letzterer verurteilte klar die Annexion der Krim durch Russland, sprach seine Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine

aus und betonte auch die wirtschaftlichen Potentiale der Ukraine für deutsche Unternehmen.

- Mehr Informationen: [Pressemitteilung des ukrainischen Präsidialamts](#) (engl.), [Pressemitteilung der Staatskanzlei von NRW](#)
- Am 12. Juli traf **Wolodymyr Selenskyj** dann im Rahmen seines **Deutschlandbesuchs** auch Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, um sich zu den Themenkomplexen wirtschaftliche Erholung post-Covid, Impflieferungen, dem Konflikt mit Russland, Reformen und Nord-Stream 2 auszutauschen.
- Hintergrundinformationen: [Morgenlage Außenpolitik](#), [Protokoll der Pressekonferenz](#)
- Der **Rat der EU** stimmte der Unterzeichnung des Übereinkommens zum **Gemeinsamen Europäischen Luftverkehrsraum** mit der Ukraine, Armenien und Tunesien und sektoral mit Qatar zu. Durch eine effizientere Konnektivität soll das Abkommen Handel, Tourismus, Investitionen fördern.
- Details unter: [Pressemitteilung des Rates der EU](#) (engl.), [Hromadske](#) (ukr.)
- Die Parlamentarische Versammlung der **OSZE** beschloss eine von der Ukraine initiierte **Resolution**, die die russische **Besatzung der Krim** und von **Teilen der Regionen Donezk und Luhansk** verurteilt und die **Rückgabe** der durch Russland besetzten ukrainischen Gebiete fordert.
- Mehr Informationen: [Text der Resolution](#) (engl.), [Ukrinform](#) (engl.), [KyivPost](#) (engl., Paywall)
- Am 7. Juli 2021 trafen sich die **Außenminister der Ukraine, Litauens und Polens** im Format des **Lubliner Dreiecks** am Rande der **4. Ukraine Reform Conference in Vilnius** und unterzeichneten eine **Erklärung zum europäischen Erbe und den gemeinsamen Werten der drei Länder**. Zudem verabschiedeten sie eine Roadmap für die **weitere Entwicklung des Formats** und einen **gemeinsamen Aktionsplan** zur Bekämpfung von Desinformation. Das Dokument wurde anlässlich des 230. Jahrestages der ersten kodifizierten Verfassung Europas vom 3. Mai 1791 für Polen-Litauen verabschiedet, zu dem auch heutige ukrainische Gebiete gehörten.
- Mehr Informationen: [Text der Erklärung](#) (engl.), [Presseerklärung des Polnischen Außenministeriums](#) (engl.),
- Hintergrund zur Roadmap: [Deutsche Welle](#) (ukr.)
- Hintergrund zur 4. Ukraine Reform Conference: [Jewropeiska Prawda](#) (ukr.)
- Zwischen dem 21. März und dem 6. Juni stellt **die OSZE Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM)** rund **21.000 Waffenstillstandsverletzungen** in der Ostukraine fest, was

einer **Verdreifachung der Verstöße** im Vergleich zum Zeitraum 1. Januar bis 20. März 2021 entspricht.

- Details: [Ukrinform](#) (ukr.)



Wirtschaft und Gesellschaft

Öffnung des ukrainischen Bodenmarktes

Zum 1. Juli 2021 trat in der Ukraine ein Reformgesetz vom 31. März 2020 in Kraft, welches das 20 Jahre alte Moratorium zum Kauf und Verkauf von Ackerland aufhob. Ukrainische Staatsbürger (Einzelpersonen) dürfen in einer ersten Phase bis Anfang 2024 nun bis zu 100 Hektar kaufen, danach ist auch der Kauf von Agrarland durch juristische Personen bis zu maximal 10.000 Hektar möglich. Über die Frage, ob der Markt auch für internationale Interessenten geöffnet wird, soll letztendlich ein Referendum entscheiden.

Dabei wurde die Öffnung des Bodenmarkts von manch technischen Schwierigkeiten begleitet. Viele Medien berichteten zunächst, dass der Start der Liberalisierung aufgeschoben wurde, weil Notare angeblich keinen Zugang zum System des Staatlichen Amtes für Geodäsie, Kartographie und Kataster der Ukraine hätten. Dies wäre aber zwingend notwendig, um die Kaufverträge abzuwickeln. Das Katasteramt dementierte diese Gerüchte und teilte mit, dass zum 06. Juli 2021 bereits 2.344 Verkaufsanträge eingegangen wären, von welchen 1.382 genehmigt und 233 abgelehnt worden seien. 729 Verträge würden derzeit geprüft.

Immerhin rechnen Expertinnen und Experten nicht mit einem sofortigen Boom, da sich die Wertvorstellungen zu landwirtschaftlichen Flächen teilweise deutlich

unterscheiden: so möchten Verkäufer im Schnitt ca. 5.000 USD pro Hektar erhalten, während Interessenten oft nur 2.000 USD pro Hektar zu zahlen bereit sind. Transparente Informationen des Katasteramts über die abgewickelten Kaufverträge würden mit der Zeit zur marktbezogenen Preisbildung führen, so die Erwartung. Gegen die Öffnung des Bodenmarkts setzen sich strikt die prorussische „Oppositionsplattform - Für das Leben“ und „Batkiwschtschyna“ von Julia Tymoschenko ein. Für sie ist das Thema zu einem Kernpunkt ihrer politischen Kommunikation geworden. Tymoschenko ließ beispielsweise Anfang Juni in der Zentralen Wahlkommission (ZWK) eine Initiative für die Vorbereitung eines Referendums registrieren, um die Bodenreform wieder aufzuheben. Am 11. Juni lehnte die ZWK dieses Vorhaben jedoch ab - „Batkiwschtschyna“ will den Beschluss gerichtlich anfechten.

- Hintergrundinformationen zum Thema finden Sie hier: [Weltbank](#) (engl.) [Novoe Vremya](#) (ukr.)
- Bericht zur Referendums-Strategie von „Batkiwschtschyna“: [Glavcom](#) (ukr.)

Weitere Ereignisse im Bereich Wirtschaft und Gesellschaft

- Am 24. Juni feierte der **Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen** sein 25-jähriges Bestehen. Die Organisation zielt auf die "geistige Wiederbelebung" der Ukraine ab und arbeitet an der Koordinierung des zwischenkirchlichen Dialogs in der Ukraine selbst, aber auch international. Genauso positioniert sich der Rat zu politisch-religiösen Fragen und wirkt an karitativen Initiativen mit. Der ukrainische Präsident **Wolodymyr Selenskyj** sandte seine Glückwünsche zum Jubiläum.
- Weitere Informationen: [Risuz](#) (ukr.)
- Am 28. Juni wurde in der Ukraine der **Tag der Verfassung** gefeiert. Zum **25. Jahrestages** der Annahme der neuen Verfassung 1996 wurde vom angesehenen Razumkov Centre in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Ukraine eine Umfrage zur "Umsetzung der **Grundprinzipien der Verfassung** der Ukraine und der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger" im Rahmen des Forschungsprojekts „Ukraine: 30 Jahre auf dem Weg nach Europa“ durchgeführt.
- Mehr Informationen zum Jahrestag der Verfassung: [Botschaft der Ukraine in Deutschland](#) (dt.), [Ukrinform](#) (dt.)
- Ergebnisse der Umfrage: [Razumkov Centre](#) (ukr.), [Interfax](#) (engl.)

- Das Exekutivrat des **IWF** bewilligte die globale Ausschüttung von **650 Milliarden Dollar** zur Folgenbekämpfung von Covid-19. Die Ukraine wird 2,7 Milliarden USD beantragen.
 - Mehr Informationen: [Pressemitteilung der IWF](#) (engl.), [Novoe Vremya](#) (ukr.)
 - Die ukrainische Regierung hat die Einführung von **COVID-Zertifikaten** beschlossen. Es handelt sich um ein **digitales Dokument**, das den Impfstatus, negative PCR-Testergebnisse oder Genesenenbescheinigungen von Bürgern zertifiziert.
 - Mehr Informationen: [Ministerkabinett der Ukraine](#) (engl.)
-